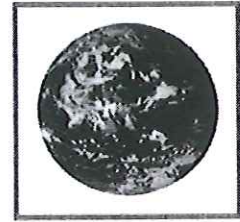


Mitglieder des Stadtrates für eine nachhaltige Politik
„Global denken – lokal handeln!“



Herrn Oberbürgermeister
Sebastian Remelé
Rathaus
97421 Schweinfurt

19. Mai 2014

Resolution für die Stadtratssitzung am 27.5.2014:

**Geordnete Stilllegung und Rückbau des Atomkraftwerks in
Grafenrheinfeld sichern –
die Kostenabwälzung auf die Allgemeinheit abwehren**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Remelé,
wir stellen den Antrag nachfolgende Resolution an die Bundesregierung
durch den Stadtrat am 27.05.2014 zu beschließen:

Zur Sicherstellung einer sicherheitsorientierten Stilllegung mit nachfolgendem zuverlässigen Rückbau der Atomkraftwerke Grafenrheinfeld und aller anderen deutschen Atomkraftwerke einschließlich einer gesicherten Entsorgung des vorhandenen und noch entstehenden Atommülls fordert der Stadtrat von Schweinfurt die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen,

- dass die steuerbegünstigten Rückstellungen der Energiekonzerne für Abriss und Entsorgung in einem angemessenen Zeitraum in einem öffentlich-rechtlichen Fonds zweckgebunden gesichert werden und
- dass die Konzerne gemäß dem gültigen Atomgesetz für ihre Kraftwerke bis zum vollendeten Rückbau mit Abschluss der Entsorgung in Haftung bleiben.

Das Angebot der Energiekonzerne sich gegen die Bereitstellung der Rückstellungen in einem Fonds und unter Verzicht auf Schadenersatzforderungen von ihrer Verantwortung freizukaufen, ist von der Bundesregierung abzulehnen.

Begründung:

„Beim Bundesverfassungsgericht sind die vier großen Betreiber von Kernkraftwerken (KKW) in Deutschland gegen den Atomausstieg vorgegangen. Sie fühlen sich enteignet und fordern mehr als zehn Milliarden Euro an Entschädigung. →

Diese großen KKW-Betreiber haben nun der deutschen Bundesregierung angeboten, ihre Klagen wegen entgangener Gewinne durch den Atomausstieg zurückzunehmen und ihre verbliebenen neun Reaktoren mitsamt ihren Pflicht-Rückstellungen für den KKW-Rückbau in eine Stiftung öffentlichen Rechts zu überführen, die dann alleine für KKW-Betrieb und -Rückbau verantwortlich wäre.

Der Vorschlag der KKW-Betreiber wälzt Kosten und Risiken des KKW-Rückbaus vom Verursacher auf den Steuerzahler ab. Die KKW-Betreiber haben Milliardengewinne mit dem Betrieb der KKW erzielt. Sie sind nach geltendem Recht zu sicherer Entsorgung und sicherem Rückbau verpflichtet, auch wenn der dafür nötige Betrag die Pflicht-Rückstellungen (36 Milliarden Euro) überschreiten sollte.

Fachpublikationen und auch der Vorschlag der KKW-Betreiber legen nahe, dass die Rückbaukosten diese Pflicht-Rückstellungen erheblich überschreiten werden.

Mit freundlichem Gruß

Für die SPD-Fraktion: gez. Joachim Schmidl

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen: gez. R. v. Hirschhausen

Weitere Antragsteller und Unterstützer:

Herbert Wiener
Jürgen Hoffmann
Dagmar Febrich